

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage des Abgeordneten Christian Calderone (CDU)

Antwort des Niedersächsischen Justizministeriums namens der Landesregierung

Verwaltungsgerichtliche Asylverfahren - Maßnahmen zur Beschleunigung

Anfrage des Abgeordneten Christian Calderone (CDU), eingegangen am 06.12.2023 -
Drs. 19/3051,
an die Staatskanzlei übersandt am 06.12.2023

Antwort des Niedersächsischen Justizministeriums namens der Landesregierung vom 08.01.2024

Vorbemerkung des Abgeordneten

Die Ministerpräsidentenkonferenz hat am 6. November 2023 zum Thema Flüchtlingspolitik u. a. beschlossen, Asylverfahren in Deutschland zu beschleunigen. So sollen Verfahren für Angehörige von Staaten, für die die Anerkennungsquote weniger als 5 % beträgt, zügiger als bisher rechtskräftig abgeschlossen werden, in der Regel nach drei Monaten. In den übrigen Fällen soll das erstinstanzliche Verfahren vor den Verwaltungsgerichten im Regelfall nach sechs Monaten beendet sein.

1. Wie viele offene Asylverfahren liegen derzeit (Stichtag 01.12.2023) bei den niedersächsischen Verwaltungsgerichten (bitte nach einzelnen Gerichtsstandorten aufschlüsseln)?

Die statistischen Daten werden quartalsweise ausgewertet. Zahlen zum Stichtag 1. Dezember 2023 liegen daher nicht vor. Der Bestand an Asylhauptverfahren bei den niedersächsischen Verwaltungsgerichten hat am 1. Oktober 2023 betragen:

Braun-schweig	Göttingen	Hannover	Lüneburg	Oldenburg	Osnabrück	Stade	gesamt
1 939	459	2 926	945	1 829	865	1 015	9 978

2. Wie hat sich die Anzahl der anhängigen Klagen in Asylverfahren vor den Verwaltungsgerichten im Zeitraum 2013 bis 2023 entwickelt (bitte die Anzahl der anhängigen Klagen jeweils zum Stichtag 1. Januar des jeweiligen Jahres angeben)?

Am 1. Januar des jeweiligen Jahres waren vor den niedersächsischen Verwaltungsgerichten Klagen in Asylverfahren anhängig:

Jahr	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Bestand	1 944	2 322	3 461	4 141	8 880	20 513	20 303	17 982	15 667	13 083	11 352

3. Wie viele der unter Frage 2 aufgeführten Gerichtsverfahren waren vor den Verwaltungsgerichten erfolgreich (Anerkennung eines Schutzstatus bzw. eines Abschiebungsverbots)?

Angaben zur Anerkennung eines Schutzstatus und zu Abschiebungsverboten liegen auf Landesebene nicht vor und können auch nicht ermittelt werden. Das Asylverfahren einschließlich der Klageverfahren liegt in der Zuständigkeit des Bundes (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge - BAMF). Das BAMF hat auf die Bitte, die Angaben für Niedersachsen auszuwerten, mitgeteilt, dass es als Bundesbehörde nicht der parlamentarischen Kontrolle des Niedersächsischen Landtags unterliege

und eine freiwillige Beantwortung aufgrund knapper Personalressourcen und eines erhöhten Anfrageaufkommens in der Kürze der Zeit nicht möglich sei.

Der Inhalt der Entscheidungen kann der Auswertung der Erhebung von statistischen Daten in der Verwaltungsgerichtsbarkeit nicht entnommen werden. Die zur Verfügung stehenden Statistikdaten für die Hauptverfahren vor den Asylkammern der niedersächsischen Verwaltungsgerichte sind in der nachstehenden Tabelle zusammengefasst.

Jahr	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	1-9 2023
Erlidigte Verfahren	2 052	3 276	4 588	6 280	10 530	10 775	8 964	8 641	8 145	8 237	6 549
Die Verfahren sind erledigt worden durch											
Urteil	1 122	1 168	1 845	2 929	5 512	5 817	5 148	5 519	5 016	4 506	3 320
Gerichtsbescheid	80	202	301	447	525	461	344	357	319	282	197
Beschluss	839	1 889	2 355	2 877	4 345	4 359	3 342	2 575	2 714	3 402	2 793
gerichtlichen Vergleich	0	0	2	0	1	1	0	1	2	0	2
Ruhen des Verfahrens	5	9	79	12	98	110	103	167	65	38	225
sonstige Erledigungsart	6	8	6	15	49	27	27	22	29	9	12
Die durch Urteil, Gerichtsbescheid und Beschluss erledigten Verfahren sind erledigt worden durch											
Stattgabe	2 041	3 259	4 501	6 253	10 382	10 637	8 834	8 451	8 049	8 190	6 310
teilweise Stattgabe/ teilweise Abweisung/ teilweise Ablehnung	158	156	308	490	500	609	503	801	1 036	734	390
Abweisung/ Ablehnung	802	984	1 375	2 007	2 593	4 173	4 055	3 685	2 850	2 646	2 226
Zurücknahme	507	823	1 367	1 915	2 059	2 228	1 625	1 395	1 352	1 430	1 484
Verweisung an ein anderes Gericht	55	66	76	161	528	663	378	260	270	357	204
Hauptsacheerledigung	227	930	815	683	1 643	1 372	1 202	763	937	1 516	1 053

Jahr	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	1-9 2023
Verbindung mit einer anderen Sache	40	64	86	97	78	74	112	138	140	90	39
Die durch Urteil, Gerichtsbescheid und Beschluss erledigten Verfahren, die durch Stattgabe, teilweise Stattgabe, teilweise Abweisung, teilweise Ablehnung, Abweisung oder Ablehnung erledigt worden sind und in denen eine Behörde beteiligt war, endeten mit	1 211	1 376	2 157	3 395	6 071	6 298	5 515	5 895	5 349	4 796	3 530
Obsiegen der Behörde	803	988	1 385	2 017	2 620	4 183	4 074	3 732	2 873	2 668	2 229
teilweisem Obsiegen/teilweisem Unterliegen der Behörde	160	151	284	467	483	597	470	742	976	703	373
Unterliegen der Behörde	248	237	488	911	2 968	1 518	971	1 421	1 500	1 425	928

4. In wie vielen Fällen der unter Frage 2 genannten Klageverfahren, in denen es eine für den Kläger ablehnende erstinstanzliche Entscheidung gab, wurde die Berufung vor dem Oberverwaltungsgericht zugelassen?

Nach der Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in der Verwaltungsgerichtsbarkeit werden lediglich die nachstehend zusammengestellten Daten erhoben. Es wird hierbei nicht unterschieden, welche Partei in dem erstinstanzlichen Verfahren unterlegen war.

Jahr	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	1-9 2023
Erledigte Anträge auf Zulassung der Berufung	201	258	242	259	760	1 073	1 155	891	595	548	343

Jahr	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	1-9 2023
Die Anträge auf Zulassung der Berufung sind erledigt worden durch											
Beschluss	201	258	241	259	757	1 073	1 154	885	594	543	414
Ruhen des Verfahrens	0	0	0	0	0	0	0	3	1	4	2
sonstige Erledigungsart	0	0	1	0	3	0	1	3	0	1	1
Die durch Beschluss erledigten Anträge auf Zulassung der Berufung sind erledigt worden durch	201	258	241	259	757	1 073	1 154	885	594	543	409
Stattgabe	11	22	5	26	163	392	287	272	47	87	78
teilweise Stattgabe/teilweise Zurückweisung	0	3	2	0	0	0	2	1	1	0	0
Zurückweisung	155	143	163	195	482	516	716	513	475	353	240
Verwerfung	24	21	34	31	74	92	92	56	41	40	37
Zurücknahme des Rechtsmittels	9	27	21	3	8	52	40	37	23	29	28
Zurücknahme der Klage/des Antrags	0	26	4	0	1	5	3	2	2	4	8
Hauptsacheerledigung	2	15	12	4	4	16	14	4	4	30	18
Verbindung mit einer anderen Sache	0	1	0	0	25	0	0	0	1	0	0
Die durch Beschluss erledigten Anträge auf Zulassung der Berufung, die durch Stattgabe, teilweise Stattgabe, teilweise Abweisung, teilweise Ablehnung, Abweisung oder Ablehnung erledigt worden sind und in denen eine Behörde beteiligt war, endeten mit	166	168	170	221	645	908	1 005	786	523	440	318
Obsiegen der Behörde	148	148	120	164	400	800	879	693	426	340	274
teilweisem Obsiegen/teilweisem Unterliegen der Behörde	0	0	1	1	0	0	0	1	2	1	1
Unterliegen der Behörde	18	20	49	56	245	108	126	92	95	99	62

5. In wie vielen Fällen war nach der Zulassung der Berufung die Klage erfolgreich (Anerkennung eines Schutzstatus bzw. eines Abschiebungsverbots)?

Der Auswertung der Erhebung von statistischen Daten in der Verwaltungsgerichtsbarkeit kann nicht entnommen werden, ob ein Schutzstatus anerkannt oder ein Abschiebungsverbot zuerkannt worden ist. Die zur Verfügung stehenden Statistikdaten für die Berufungen vor den Asylsenaten des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts sind in der nachstehenden Tabelle zusammengefasst.

Jahr	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	1-9 2023
Erledigte Berufungen	1	17	17	8	67	233	406	270	50	155	89
Die Berufungen sind erledigt worden durch											
Urteil	0	1	5	3	4	20	14	1	10	5	12
Beschluss nach § 130a VwGO	0	6	0	1	22	158	362	253	23	104	44
sonstigen Beschluss	1	10	12	4	41	55	30	16	17	46	33
Ruhen des Verfahrens	0	0	0	0	0	0	0	0	3	1	0
Die durch Urteil und Beschluss erledigten Berufungen sind erledigt worden durch	1	17	17	8	67	233	406	270	50	155	89
Stattgabe	1	1	4	3	46	174	375	255	32	108	54
teilweise Stattgabe/teilweise Zurückweisung	0	1	0	0	0	0	2	0	0	0	0
Zurückweisung	0	6	2	3	4	22	13	1	1	19	10
Verwerfung	0	1	0	0	10	0	0	2	1	2	2
Zurücknahme des Rechtsmittels	0	3	0	1	6	32	7	9	11	14	11
Zurücknahme der Klage/des Antrags	0	0	0	0	0	2	2	1	1	5	6
Hauptsacheerledigung	0	5	11	0	0	3	7	1	1	6	6
Verbindung mit einer anderen Sache	0	0	0	1	1	0	0	1	0	0	0

Jahr	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	1-9 2023
Die durch Urteil und Beschluss erledigten Berufungen, die durch Stattgabe, teilweise Stattgabe, teilweise Abweisung, teilweise Ablehnung, Abweisung oder Ablehnung erledigt worden sind und in denen eine Behörde beteiligt war, endeten mit	1	8	6	6	50	196	390	256	33	127	64
Obsiegen der Behörde	0	6	3	2	48	188	386	255	28	126	60
teilweisem Obsiegen/teilweisem Unterliegen der Behörde	0	1	0	0	0	0	3	1	0	0	0
Unterliegen der Behörde	1	1	3	4	2	8	1	0	5	1	4

6. Wie lange dauerte im Schnitt ein Klageverfahren in Asylverfahren in den Jahren 2013 bis 2023 (bitte die Verfahrensdauer angeben für die Klageverfahren bei den Verwaltungsgerichten bzw. vor dem Oberverwaltungsgericht)?

Die durchschnittliche Dauer der bei den niedersächsischen Verwaltungsgerichten erledigten Asylklageverfahren hat betragen:

Jahr	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	1-9 2023
durchschn. Dauer in Monaten	10,1	9,2	8,9	8,5	6,9	11,1	16,7	23,1	26,4	28,2	22,3

Die durchschnittliche Dauer der vor den Asylsenaten des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts erledigten Anträge auf Zulassung der Berufung und Berufungsverfahren hat betragen:

Jahr	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	1-9 2023
durchschn. Dauer in Monaten	5,7	7,0	5,0	3,4	3,1	5,5	8,1	9,9	7,1	11,6	12,5

7. Wie hat sich die Anzahl der Richterstellen, die für Asylklageverfahren zuständig sind, bei den Verwaltungsgerichten bzw. beim Oberverwaltungsgericht, im Zeitraum 2013 bis 2023 entwickelt (bitte ebenfalls zum Stichtag 1. Januar eines jeden Jahres, aufgeschlüsselt nach den Standorten der Verwaltungsgerichte angeben)?

Der Umfang der in Asylklageverfahren tätigen Richterinnen und Richter ist aus dem Haushaltsplan und den Stellenverteilungsplänen nicht ersichtlich. Nachfolgend wird deshalb in Tabelle 1 die allgemeine Stellenentwicklung bei dem Oberverwaltungsgericht und den Verwaltungsgerichten dargestellt. Der tatsächliche Einsatz von Richterinnen und Richtern in Asylsachen ergibt sich aus Tabelle 2.

Tabelle 1:

Stellenanzahl	Verwaltungsgericht									OVG
	Braunschweig	Göttingen	Hannover	Lüneburg	Oldenburg	Osna-brück	Stade	unver-teilt	ge-samt	
2013	25	13	41	20	31	18	15	0	163	35
2014	25	13	41	20	31	18	15	0	163	35
2015	26	13	43	21	32	18	15	0	168	35
2016	26	13	43	21	32	18	15	78	246	35
2017	30	14	48	25	35	22	18	30	222	36
2018	35	16	54	29	38	25	21	12	230	36
2019	34	16	54	29	39	27	20	14	233	36
2020	36	17	53	31	38	26	21	3	225	38
2021	35	17	55	27	40	27	20	10	231	41
2022	36	15	56	27	36	26	22	10	228	41
2023	33	14	52	24	34	25	20	9	211	39
2024	33	14	52	24	34	25	20	28	230	39

Tabelle 2:

Durchschnitt des Jahres	Verwaltungsgericht								OVG
	Braunschweig	Göttingen	Hannover	Lüneburg	Oldenburg	Osna-brück	Stade	gesamt	
2013									
Richter insgesamt	19,80	11,76	32,36	13,11	26,64	12,91	11,52	128,10	32,69
Rechtssachen zusammen	17,49	10,22	29,79	11,36	24,63	11,39	10,22	115,10	28,85
davon Asylsachen	3,97	1,75	4,17	1,25	4,87	1,56	1,52	19,09	0,95
2014									
Richter insgesamt	20,47	11,30	33,44	13,01	24,56	15,64	11,75	130,17	32,41
Rechtssachen zusammen	18,01	10,14	30,61	11,21	22,49	14,03	10,40	116,89	28,56
davon Asylsachen	5,46	2,62	6,85	4,09	5,56	2,08	4,12	30,78	1,28
2015									
Richter insgesamt	21,92	11,75	38,47	16,80	24,59	16,47	14,44	144,44	33,20
Rechtssachen zusammen	19,65	10,60	36,10	15,00	22,78	14,89	13,01	132,03	29,27
davon Asylsachen	8,77	2,69	12,00	6,77	7,02	2,80	5,16	45,21	1,43

Durchschnitt des Jahres	Verwaltungsgericht								OVG
	Braun- schweig	Göt- tingen	Han- nover	Lüne- burg	Olden- burg	Osna- brück	Stade	gesamt	
2016									
Richter ins- gesamt	24,68	12,27	39,26	19,86	29,38	18,07	15,79	159,31	33,70
Rechtssa- chen zusam- men	22,34	10,81	36,40	18,10	27,75	16,42	14,48	146,30	29,30
davon Asyl- sachen	9,98	3,74	13,69	8,71	10,40	3,81	7,16	57,49	2,65
2017									
Richter ins- gesamt	26,05	14,01	43,64	20,77	31,89	19,06	16,53	171,95	33,03
Rechtssa- chen zusam- men	23,64	12,58	40,73	19,09	30,11	17,43	15,38	158,96	28,47
davon Asyl- sachen	13,57	6,54	17,91	11,85	14,53	5,81	8,44	78,65	3,06
2018									
Richter ins- gesamt	27,64	14,02	42,36	24,49	30,86	22,70	17,18	179,25	33,59
Rechtssa- chen zusam- men	25,12	12,80	39,25	22,77	29,18	21,02	15,78	165,92	28,91
davon Asyl- sachen	15,24	7,21	20,78	12,70	14,93	9,14	7,87	87,87	3,18
2019									
Richter ins- gesamt	29,10	13,75	41,53	20,25	29,93	23,18	13,72	171,44	35,48
Rechtssa- chen zusam- men	26,56	12,42	38,68	18,48	28,10	21,41	12,27	157,92	30,65
davon Asyl- sachen	15,07	6,00	18,41	8,77	13,45	7,75	4,76	74,21	3,36
2020									
Richter ins- gesamt	29,00	13,25	42,95	19,44	28,10	22,52	16,72	171,97	37,39
Rechtssa- chen zusam- men	26,82	11,97	37,51	17,45	26,31	20,33	14,40	154,78	32,55
davon Asyl- sachen	13,59	5,72	15,76	8,10	12,34	9,45	5,31	70,26	4,24
2021									
Richter ins- gesamt	27,34	13,75	39,84	19,12	28,16	21,45	15,96	165,62	36,23
Rechtssa- chen zusam- men	25,47	12,53	34,53	17,08	26,66	19,82	13,24	149,32	31,87
davon Asyl- sachen	11,46	4,46	14,31	8,72	12,49	6,89	5,40	63,73	3,78

Durchschnitt des Jahres	Verwaltungsgericht								OVG
	Braun- schweig	Göt- tingen	Han- nover	Lüne- burg	Olden- burg	Osna- brück	Stade	gesamt	
2022									
Richter ins- gesamt	25,61	13,50	44,96	21,43	27,08	20,90	14,26	167,75	39,84
Rechtssa- chen zusam- men	23,51	12,40	39,43	19,15	25,76	19,23	11,54	151,01	35,83
davon Asyl- sachen	10,10	5,16	18,83	9,26	11,53	6,73	4,90	66,49	3,55
1- 9 2023									
Richter ins- gesamt	25,42	13,53	44,37	20,53	28,28	18,58	15,37	166,08	38,90
Rechtssa- chen zusam- men	23,29	12,43	39,21	18,39	26,81	17,08	12,87	150,08	35,26
davon Asyl- sachen	10,35	5,30	17,09	10,34	11,78	6,45	6,36	67,67	3,35

8. Wie hat sich die Anzahl der Beschäftigten auf den Geschäftsstellen, die für Asylklageverfahren zuständig sind, bei den Verwaltungsgerichten im Zeitraum 2013 bis 2022 entwickelt?

Die Erfassung der Zuständigkeit von Beschäftigten auf den Geschäftsstellen beschränkt sich auf Tätigkeiten im Bereich der Prozesskostenhilfe, der Rechtsantragstelle sowie sonstige Rechtspflege-tätigkeiten. Eine weitere Unterteilung in einzelne Rechtsgebiete wird nicht vorgenommen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Beschäftigte in Serviceeinheiten üblicherweise nicht nach Themengebieten, sondern für sämtliche in den jeweiligen Kammern anfallenden Geschäfte eingesetzt werden. Angaben zur Zahl der für Asylklageverfahren zuständigen Beschäftigten im Zeitraum der vergangenen zehn Jahre sind somit nicht möglich.

Da für Tarifbeschäftigte keine Stellen im Haushaltsplan veranschlagt werden, kann auch die allgemeine Stellenentwicklung nicht dargestellt werden.

9. Welche konkreten Maßnahmen will die Landesregierung ergreifen, um die in der MPK beschlossene Beschleunigung der Asylklageverfahren umzusetzen?

10. Zu welchem Zeitpunkt werden die unter Frage 9 aufgeführten Maßnahmen voraussichtlich umgesetzt?

Die Landesregierung und die Verwaltungsgerichtsbarkeit haben bereits diverse Maßnahmen ergriffen, um gerichtliche Asylverfahren einerseits möglichst effizient und andererseits im Rahmen eines rechtsstaatlichen Verfahrens möglichst zügig zu gestalten.

In Niedersachsen sind Asylverfahren aus bestimmten Herkunftsländern grundsätzlich bei einzelnen Kammern/Senaten bzw. Berichterstatterinnen und Berichterstattern konzentriert. Eine entsprechende Konzentration findet sich weit überwiegend bei sogenannten Dublin-Verfahren und Drittstaatenfällen. Um eine noch weitergehende Spezialisierung und Verfahrensbeschleunigung zu erreichen, wird zeitnah von der mit § 83 Abs. 3 AsylG geschaffenen Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, Asylverfahren bestimmter Herkunftsstaaten einem Verwaltungsgericht zuzuweisen. Im besonderen Fokus stehen dabei Herkunftsstaaten mit einer geringen Anerkennungsquote.

Am Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht wurde eine Asylrecherchestelle eingerichtet. Eine spezialisierte akademische Mitarbeiterin unterstützt die Richterinnen und Richter der niedersächsischen Verwaltungsgerichtsbarkeit u. a. bei der Recherche zu asylrelevanten Fragestellungen.

Auf einen erfolgreichen Antrag Niedersachsens empfiehlt der Rechtsausschuss dem Bundesrat, dass im Rahmen des weiteren Gesetzgebungsverfahrens des Entwurfs eines Gesetzes zur Anpassung von Datenübermittlungsvorschriften im Ausländer- und Sozialrecht (BR-Drs. 567/23) die Verwaltungsgerichte einen weitergehenden automatisierten Zugriff auf das Ausländerzentralregister erhalten, um noch schneller an die für die Bearbeitung von asyl- und ausländerrechtlichen Verfahren notwendigen Daten gelangen zu können.

Des Weiteren prüft die Landesregierung aktuell eine Bundesratsinitiative, die weitere Änderungen im AsylG betreffend asylgerichtliche Verfahren zum Gegenstand hat.

Die Landesregierung hat erfolgreich dafür geworben, im Rahmen des Landeshaushalts 2024 die personelle Ausstattung der Verwaltungsgerichte zu stärken. Der vom Landtag am 14. Dezember 2023 beschlossene Haushaltsplan 2024 sieht für die Verwaltungsgerichtsbarkeit zusätzliche 15 Richterstellen (befristet bis zum 31. Dezember 2027) „zur Forcierung des Bestandsabbaus mit dem Ziel, die Bearbeitungsdauer in Asylverfahren insgesamt zu beschleunigen“ vor.

Am Verwaltungsgericht Hannover wurde eine Projektgruppe eingerichtet, die die Möglichkeiten einer weiteren Verfahrensbeschleunigung durch den Einsatz künstlicher Intelligenz untersucht.

(Verteilt am)